

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim Okt./Nov. 2017, 27. Jahrg.

## Konzept gegen Chaos?

Baustellen, Umleitungen, viel Verkehr. Probleme für Fußgänger, Fahrradfahrer, Autofahrer – das ist die Verkehrssituation in Bernau. „Wir müssen mit einem Verkehrsraum von vor über 100 Jahren den Verkehr von heute bewältigen“, erklärt Bürgermeister André Stahl (LINKE). „Wir können dem geringen Platz nur verkehrsorganisatorisch beikommen.“

Wie Bernaus Verkehrskonzept künftig aussehen soll, dazu lesen Sie das Interview mit André Stahl auf Seite 3.

Fotos/Collage:  
pb, bh



## Neue Wege zu bezahlbaren Wohnungen

In Ahrensfelde beginnt im November die Diskussion über eine Wohnungsgenossenschaft

Von Christina Emmrich,  
Gemeindevertreterin Ahrensfelde

Gleich wer mit wem Gespräche führt, es dauert nicht lange, dann geht es um das Thema bezahlbare Mieten. Gleich welches Alter oder Einkommen, immer schwingt die Sorge im Raum mit, aus der jetzigen Wohnung ausziehen zu müssen. Besitzerinnen und Besitzer von Wohneigentum haben da natürlich bessere Karten. Aber gefeit vor Problemen mit Wohnraum sind sie auch nicht. Denn auch Kinder oder Enkelkinder wollen irgendwann ihre eigenen vier Wände.

Ich meine, dass jede Kommune und ihre Vertretung Verantwortung dafür trägt, dass bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Bisher werden in unserer Gemeinde Ahrensfelde kommunale Flächen an Private verkauft, die dann bauen. Meist entstehen Eigentumswohnungen bzw. Eigenheime.

Dem wollen zwei Mitstreiterinnen und ich, alle drei sind wir Mitglieder der Gemeindevertretung, etwas entgegensetzen. In vielen Gesprächen und einem Workshop im Ortsteil Eiche haben wir erfahren, dass vor allem das Generationswohnen großen Anklang findet. Das heißt, Junge und Alte, Singles und Verheiratete, Alleinerziehende, Studenten – welche Kombination gerade gewollt ist – wollen gemeinsam unter einem Dach in separierten Wohnungen leben. Sie können sich untereinander helfen, gemeinsame Veranstaltungen organisieren oder sich eben auch aus dem Wege gehen.

Wir drei Initiatorinnen wollen dieses Projekt über eine Genossenschaft realisieren. Genossenschaft bedeutet, dass die Mitglieder Anteile erwerben und somit Miteigentümer werden. Eine solche Gesellschaft erwirtschaftet keine Gewinne, die ausgeschüttet werden

sollen, sondern die den einzelnen Genossenschaftsmitgliedern zu Gute kommen. Zur Verwendung des Vermögens gibt es umfassende Mitspracherechte der Mitglieder. Das klingt doch gut: „Wohnungsgenossenschaft Ahrensfelde“, oder? Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag in die Gemeindevertretung eingebracht, der von dort in die Ausschüsse verwiesen wurde.

Wir schlagen vor, dass die Gemeinde Mitglied der Genossenschaft werden kann. Und um den Baupreis niedrig zu halten, plädieren wir für ein kommunales Grundstück auf der Grundlage des Erbbaurechts.

Gegenwärtig sind wir dabei, ein Konzept und Finanzierungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage wird in den Fachausschüssen der Gemeindevertretung im November und Dezember diskutiert werden. Über das Ergebnis werde ich gern weiter informieren.

## In dieser Ausgabe

### Adieu, buntes Eberswalde?

Ein Vorschlag des Bürgermeisters soll politische Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden verbieten. .... **2**

### Fragwürdiger Baustopp

Die unendliche Geschichte des Fahrradweges zwischen Schwanebeck und Bernau..... **3**

### Persönliche Eindrücke

Die Bundestagswahlen wurden mit Engagement geführt, haben Kraft gekostet und neue Erkenntnisse gebracht. Politische Verantwortung und erste Deutungen: ..... **4/5**

### Das Europa der Menschen ...

... nicht das der Konzerne. Wie stellen sich die LINKEN Regionalförderung vor? OW nahm den so genannten Kohäsionsbericht der EU-Kommission zum Anlass, um die Debatte in der Brandenburger LINKEN vorzustellen. .... **6**

### Des Lesens kundig

Ein Kommentar zum neuesten deutschlandweiten Test unter Grundschulern. .... **7**

kleine  
zeitungen

OW ist Mitglied im gemeinsamen Internetportal der Tageszeitung »nd« und kleiner linker Zeitungen. Lesen Sie mehr auf: [www.kleinezeitungen.de](http://www.kleinezeitungen.de).

## Spendenkonto Offene Worte

DIE LINKE Barnim,  
IBAN: DE33 1705 2000 3120 0514 29,  
BIC: WELADEDIGZE;  
Verwendungszweck: Spende OW.  
Alle Spenden werden nur für Druckkosten verwendet; Spendenquittung zu Beginn des nächsten Jahres

## Der Hase im Pfeffer

Von Margitta Mächtigt,  
Landtagsabgeordnete LINKE

*Der Sturm Xavier hat auch im Barnim ziemlich zugeschlagen. Viele Bäume sind zu Bruch gegangen, Straßen, Rand- und Fußwege waren und sind übersät mit gefallenen Bäumen, Ästen, Blättern und Nadeln. Viele freiwillige Kräfte waren unterwegs, um zunächst wenigstens die Straßen frei zu machen, damit das Leben am Morgen danach seinen „gewohnten Gang“ gehen konnte. Noch Wochen später werden wir die Wunden des Sturmes sehen.*

*Aber wir sehen auch noch anderes. In vielen Orten sind Menschen dabei, mit eigener Kraft die Spu-*

## Kommentar

*ren zu beseitigen, räumen Äste und Bäume weg, fegen vor ihren Grundstücken nicht nur die Wege sondern auch die Straßen. Sie fühlen sich mitverantwortlich für ihr, für unser Umfeld, legen Hand mit an, wo es gebraucht wird. Und es gibt die, die sich darüber aufregen, dass nur wenige Tage nach dem Sturm nicht alle Spuren beseitigt sind und „die anderen“ sich doch kümmern müssten. Und hier liegt der Hase im Pfeffer. Wir haben immer (mindestens) zwei Möglichkeiten: Selber mit anpacken oder abwarten, dass andere es für uns tun. Unseren Straßengemeinschaften und Orten würde es gut tun, wenn „Packen wir es gemeinsam an“ wieder Credo in unserer Gesellschaft wäre. Und das gilt nicht nur für Sturmfolgen. Es liegt an uns!*

## Adieu buntes Eberswalde?

Eine Beschlussvorlage des Bürgermeisters soll politische Veranstaltungen in öffentlichen Gebäuden verbieten

Von Hans-Jürgen Müller

Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) hatte für die Stadtverordnetenversammlung am 28.09. eine Beschlussvorlage veröffentlicht. Durch Satzung soll festgelegt werden, dass für Veranstaltungen von Parteien keine Gebäude der Stadt an diese vermietet werden. Dies soll alle Liegenschaften betreffen, egal ob Bildungs-, Sport- oder Kulturstätte. Mit dem Verweis auf zwei über 10 Jahre alte Urteile soll die Rechtmäßigkeit belegt werden.

Aber geht es hier tatsächlich um die Frage, ob die Stadt Eberswalde das Recht hat, Parteienarbeit zu behindern? Wir leben in einer Zeit in der die AFD leider Aufwind erhalten hat. In einer Zeit, in der es auf das Zusammenstehen für Demokratie ankommt. Doch mit dieser Satzung werden allen demokratischen Parteien in ihren Aufgaben gemäß Parteiengesetz behindert!

Vor der Versammlung wurde diese Beschlussvorlage ohne Begründung zurückgezogen. Trotzdem äußerte sich Karin Wagner (LINKE) in der Einwohnerfragestunde zur Beschlussvorlage. Die Satzung mit dem Ziel, alle öffentlichen Einrichtungen „parteilich neutral“ zu halten, wurde von ihr öffentlich kritisiert. „Mit der Satzung wird von dem Bürgermeister und seiner Verwaltung vorgeschlagen, die Nutzung kommunaler Einrichtungen durch Parteien zu verbieten.“

Die Verwaltung hat also allen Ernstes vorgeschlagen,“ so Wagner weiter, „dass die kommunalpolitische Antwort auf die Auseinandersetzung der Gesellschaft, der Politik und der Verwaltung mit den erstarkenden neofaschistischen und rechtsextremen Parteien sein soll, allen Parteien den Zugang und die Nutzung kommunaler Einrichtungen zu untersagen! Diese Herangehensweise hat mich zutiefst betroffen gemacht. Das Erstarken ultrarechter und neofaschistischer Parteien kann und darf nicht dazu führen, dass das politische System – hier sogar das kommunalpolitische System – davor zurückschreckt, die Auseinandersetzungen zu führen und den politischen Willensprozess aus dem kommunalen Leben verbannt. Ihre Schlussfolgerung: Das nenne ich feige. Feige, weil sich die Kommunalpolitiker selbst die Möglichkeit nehmen, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen, Bürgerforen –



*Sind künftig Fraktionssitzung, Diskussionsforen, Parteitage und Parteikonferenzen im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio verboten?? Foto: hjm*

und ja auch Wahlkampfforen - durchzuführen.“ Karin Wagner hat den Bürgermeister abschließend gefragt, wer ihn ermächtigt hat, eine derartige Satzung erarbeiten zu lassen. Außerdem wollte sie wissen, welche DEMOKRATISCHE Antwort die Stadtverwaltung neofaschistischen und rechtsextremen Machenschaften entgegensetzen will. Zum Redaktionsschluss dieser Zeitung wurde bekannt, dass eine Beschlussvorlage mit gleichlautendem Inhalt zur Stadtverordnetenversammlung am 26. Oktober behandelt werden soll. Auch die Beantwortung der Anfragen durch den Bürgermeister steht bisher aus.

## Kontakte zur LINKEN im Barnim und Sitzungstermine

Sitzungen der Fraktionen und Vorstände der LINKEN im Barnim sind grundsätzlich öffentlich, Gäste willkommen. In seltenen Fällen können sich aus aktuellem Anlass Termine verschieben. Bitte informieren Sie sich vorab:

**Kreisvorstand:** 8. November, Wandlitz

**Kreistagsfraktion:** Tel.: 03334-236986 E-mail: kreistagsfraktion@dielinke-barnim.de 6. und 27. November, jeweils 18 Uhr, Biesenthal, Gaststätte „Zur alten Eiche“

**Nächster Kreistag:** 6. Dezember, 17 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Wahlkreisbüro Margitta Mächtigt:** Tel.: 03334-385488, Fax: 03334-385489 im: Bürgerzentrum Eberswalde, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, E-Mail: maechtigt@dielinke-barnim.de

**Wahlkreisbüro Ralf Christoffers:** Tel.: 03338-7047455

Hussitenstraße 1, 16321 Bernau, E-Mail: christoffers@dielinke-barnim.de

**Stadtfraktion Eberswalde:** Tel.: 03334-236987, 6. und 20. November, 18 Uhr, Bürgerzentrum Eberswalde, Stadtverordnetenversammlung: 26. Oktober und 23. November, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Eberswalde

**Bürgerzentrum Bernau:** Tel.: 03338-5881, Berliner Straße 17, 16321 Bernau, E-Mail: info@dielinke-barnim.de,

**Stadtfraktion Bernau:** 23. November 15- 18 Uhr, im Bürgerbüro: Berliner Straße 17; 7. Dezember Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum, Marktplatz Bernau; www.linksfraktion-bernaue.de

Stadtverordnetenversammlung: 30. November, 16 Uhr, Stadthalle Bernau, E-Mail: fraktion-bernaue@dielinke.barnim.de, Tel.: 03338-907252/Fax: 03338-907251

**Gemeindefraktion Panketal:** Sommerpause, Sitzung der Gemeindevertretung: 20. November und 18. Dezember, 19 Uhr, Rathaussaal, Schönower Straße 105

**Bürgerbüro Wandlitz:** Tel.: 033397-64515; E-Mail: wandlitz@dielinke-barnim.de

**Gemeindefraktion Ahrensfelde:** 16. November, 18.30 Uhr, Gemeindezentrum Ahrensfelde, Seniorenbegegnungsstätte, Sitzung der Gemeindevertretung: 18. November, 19 Uhr, Rathaus, Raum 106

**Regionalgruppe Cuba sí:** E-Mail: bernau@cuba-si.org **[,solid]:** E-Mail: solid-barnim@web.de

**Basisgruppe Schorfheide:** jeden 1. Donnerst./Monat, 18 Uhr, Seniorentreff Finowfurt, Alte Mühle 5a

**Basisgruppe Werneuchen:** 3. November, 19 Uhr, Festscheune am Bahnhof

## Impressum

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN

**Kontakt:**

DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Tel.: 03334-22026, Fax: 03334-385489

**E-Mail:**

offeneworte@dielinke-barnim.de, download: www.dielinke-barnim.de,

**Redaktion:** Petra Bochow (pb), Berit Christoffers (bc), Wolfgang Krafczyk (wk), Lutz Kupitz (lk), Margitta Mächtigt (mm), Hans-Jürgen Müller (hjm), Sebastian Walter (ViSdP/sw), Margot Ziemann (maz), Christel Zillmann (cz)

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

**Auflage:** 17.000

**nächster Redaktionsschluss:**

20. November 2017

**nächster Erscheinungstermin:**

6. Dezember 2017

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. OW entscheidet über die Veröffentlichung eingereicherter Zuschriften und kann diese Sinn während kürzen.



# Brücken, Straßen, Fahrradwege

Verkehrsprobleme sind Dauerthema in Bernau. 2018 beginnt der Bau der Entlastungsstraße entlang der Eisenbahntrasse. Interview mit Bürgermeister André Stahl (LINKE).

**Baustellen, Umleitungen, viel Verkehr. Probleme für Fußgänger, Fahrradfahrer, Autofahrer – das ist die Verkehrssituation in Bernau. Was tut die Stadt?**

Wir müssen mit einem Verkehrsraum von vor über 100 Jahren den Verkehr von heute bewältigen. Dem geringen Platz können wir nur verkehrsorganisatorisch beikommen. Zum Beispiel wird derzeit diskutiert, einen Stadtring auszuweisen. Damit könnte man 2-spurig den Stadtkern umfahren. Das würde sicher für einige etwas weitere Wege bedeuten, könnte andererseits aber den Verkehr stark entlasten, „verflüssigen“ – wie man im Fachdeutsch sagt, weil nicht so viele Fahrzeuge an allen Kreuzungen stehen. Die Vor- und Nachteile einer solchen Lösung müssen aber erst einmal abgewogen werden. Wie sagt man so schön – aber es ist keine Floskel: Die Diskussion führen wir ergebnisoffen.

**Es gibt weitere neuralgische Punkte, für manche wird seit Jahrzehnten nach Lösungen gesucht ...**

... die so genannte „bahnnahe Trasse“, die eine Entlastung des Verkehrs durch die Brücken der Stadt und für die Innenstadt bringen soll. 2018 soll der Bau beginnen, entlang der Eisenbahntrasse (Ladestraße). Gleicher Baubeginn ist zur Entlastung des Schönfelder Weges geplant. Damit wird der „Pankebogen“ an die Albertshofer Chaussee angeschlossen.

**Der Autoverkehr in Bernau ist zurzeit zusätzlich durch langfristige Umleitungen sehr angespannt. Da führen die weiteren Vorhaben doch noch zu einer Verschärfung?**

Wir können an den Brückenbauten über die L200 (Landesstraße), der-



Bürgermeister André Stahl vor dem Stadtplan Bernaus. Foto: bc

zeit an der Zepernicker Brücke und künftig auch noch an der Brücke über die Börnicker Straße nichts ändern, das sind Bauvorhaben der Deutschen Bahn. Sie werden den Straßenverkehr über Jahre beeinträchtigen. Umso wichtiger ist es für uns als Stadt, dass wir Chancen nutzen. So werden wir zum Beispiel dafür sorgen, dass sich die Durchlassfähigkeit durch Verbreiterung der Brücken verbessert: Wenn sie neu gebaut werden, dann soll der Verkehr darunter auch besser fließen. Damit dies berücksichtigt wird, beteiligt sich Bernau auch finanziell. Außerdem suchen wir generell nach kurzen Umgehungen, nach Bypass-Lösungen und für Bernau-Süd nach einer zweiten Anbindung an die L200.

**Die gute Nachricht ist: In Bernau werden viele neue Mietwohnungen gebaut. Die besorgte Frage: Wird die Stadt nicht durch den zu erwartenden Verkehr überlastet?**

Wir haben eine angespannte Verkehrssituation, besonders zu den

Stoßzeiten. Wir müssen sie aber durch verkehrsorganisatorische Maßnahmen und weitere Baumaßnahmen in den Griff bekommen. Die Alternative wäre, keine Wohnungen zu bauen. Das ist aber angesichts der angespannten Situation auf dem Mietmarkt keine Option.

**Für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist der Kreis zuständig. Der Kreistag beschloss im September dazu eine Strategie. Danach soll es für Bernau Verbesserungen bei den Stadtbuslinien geben ...**

Bernau braucht kurze Stadtbuslinien, die bis in die Abendstunden mindestens im 30-Minuten-Takt bedient werden. Ich kann mir zum Beispiel eine „Schleife Süd“ vorstellen. Die Ortsteile und Stadtteile müssen besser angebunden werden. Eine Verbesserung ist nötig für Ladeburg, Rehberge und Schönow, aber auch für das Puschkinviertel. Zum jetzigen Fahrplanwechsel im Dezember wird es bereits eine deutliche Verbes-

serung des Busangebotes zwischen Wandlitz und Bernau geben sowie für Birkholz und Birkenhöhe.

**Es gibt immer wieder Diskussionen, dass Busse zu wenig genutzt werden und sich ihr Einsatz deshalb nicht lohnt ...**

... umso wichtiger ist, dass das Angebot attraktiv ist: Wenn ich weiß, dass der Bus mindestens alle halbe Stunde fährt und ich nicht zu lange warten muss, wenn ich einen Bus verpasse, lohnt sich die Nutzung des ÖPNV. Für manche Stadtteile kann man auch über Taxigutscheine statt eines Busses nachdenken.

**Wird es Verbesserungen für den Fahrradverkehr geben?**

An den Kreuzungen werden so genannte Fahrradfurten auf die Fahrbahn aufgebracht werden. Derzeit enden die offiziellen Fahrradwege an jeder Straßenkreuzung. Damit man mit dem Fahrrad weiter auf die Kreuzung fahren kann, werden wir dies ausweisen.

Entlang der Zepernicker Straße befindet sich ein Fahrradweg in Planung, mit dem Bau soll 2018 begonnen werden. Der Fahrradweg Richtung Schönow soll saniert und verbessert werden. Nicht zuletzt hoffe ich, dass der Radweg zwischen Bernau und Schwanebeck endlich fertig wird (siehe unten).

Derzeit prüft die Straßenverkehrsbehörde einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, wonach man mit dem Fahrrad in Einbahnstraßen entgegen der Fahrtrichtung einfahren dürfte. Dies halte ich jedoch für problematisch. Ich bin aber auch für unkonventionelle Lösungen wie markierte mittige Fahrradwege in unseren schmalen Einbahnstraßen.

## Fragwürdiger Baustopp

Die unendliche Geschichte des Fahrradweges zwischen Schwanebeck und Bernau

Von Christel Zillmann  
Gemeindevertreterin Panketal

Zum 29. September 2017 sollte der Geh- und Radweg an der L200 von Gehrenberge bis Bernau fertiggestellt sein. So jedenfalls war es durch den Landesbetrieb Straßenwesen geplant und offiziell verkündet worden. Auch in den Protokollen über den jeweiligen Baufortschritt ist dieses Bauziel für 2017 dokumentiert. Anfang Oktober jedoch konnte jeder sehen, der diese stark

frequentierte Landesstraße mit dem Auto, dem Fahrrad oder auch per pedes nutzt, dass dies nicht geschehen ist! Ganz im Gegenteil: Unmittelbar hinter der „schiefen Brücke“ in Richtung Bernau tut sich seit geraumer Zeit überhaupt nichts mehr. Natürlich hatten nicht nur die Mitstreiter der Bürgerinitiative die Hoffnung, dass die sichtbare Bauunterbrechung durch den zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen genutzt wird, um die bekannten Mängel z.B. bei der Regenentwässerung am bereits fer-

tiggestellten Teilstück ab Gehrenberge zu beseitigen.

Doch leider Fehlanzeige! Man könnte vielmehr den Eindruck gewinnen, dass man auf einen frühzeitigen Wintereinbruch hofft.

Über 10 Jahre dauert das Hin und Her um dieses endlich begonnene wichtige Bauvorhaben. Da sollte es doch auch für den Landesbetrieb vornehmstes Anliegen sein, das letzte Stückchen Geh- und Radweg zwischen Schwanebeck und Bernau auch wirklich fertigzustellen.

## Bürgersprechstunde in Eberswalde

OW-Beitrag/kw

Der Eberswalder Stadtverordnete Fred Sponner (LINKE) bietet am **3. November** von 14 bis 16 Uhr eine Bürgersprechstunde in der Geschäftsstelle der LINKEN, Heegermühler Straße 15, an. Als gewählter Vertreter des Wahlkreises Finow kann er speziell zu Themen dieses Wahlkreises informieren und Probleme bzw. Fragen klären.

## Ein ganz persönlicher Rückblick auf die Bundestagswahl

Von Hans-Jürgen Müller

Während des Wahlkampfes habe ich zuerst Ralf Kaiser und dann vor allem Andreas Büttner auf einer Reihe von Wahlständen, Podiumsdiskussionen und anderen Veranstaltungen begleitet.

Mein Fazit: Andreas hat den Anwesenden unser Wahlprogramm immer sehr glaubhaft nahegebracht - ob auf Podiumsdiskussionen, an Wahlständen oder in anderen persönlichen Gesprächen. Bei seinen Äußerungen stand ihm auch immer wieder der Schalk im Gesicht – das ist natürlich positiv gemeint. Keiner ihm gestellten Frage wich er aus, wie persönlich sie auch immer waren. Selbst die Märkische Oderzeitung musste eingestehen, dass er bei der Podiumsdiskussion im Bürgerbildungszentrum „Amadeo Antonio“ den „Sieg“ für sich verbuchen konnte. Leider war die AfD bei diesen Veranstaltungen generell nie mit ihrem Spitzenkandidaten im Wahlkreis 57 vertreten. Ich hätte diesen Vertreter „gern“ persönlich kennengelernt. Auch der CDU-Vertreter Jens Koeppen hat sich bei den Gesprächen sehr rar gemacht.

Den Vogel schoss Herr Koeppen jedoch am 15.09. im Paul-Wunderlich-Haus ab. Die Lokale Agenda 21 Eberswalde hatte zu diesem Termin fast alle Kandidaten eingeladen. Zum Thema Finowkanal und seinen eventuellen Kosten für die Anliegergemeinden hatte Herr Koeppen null Durchblick. Und das war nur ein Beispiel von mehreren, wo er an den Anwesenden vorbei sprach. Ein Hinweis aus den Fragestellern, doch mal die CDU-Fraktion in Eberswalde zum Thema „Finowkanal“ zu kontaktieren, lehnte er strikt ab.

Leider gelang es Andreas nicht, in den Bundestag einzuziehen, um sich dort für linke soziale Forderungen stark zu machen. Aber wir werden weiter für unsere Ziele aus dem Wahlprogramm kämpfen.

## Aktivtagung und Mitgliederversammlung der LINKEN

OW-Beitrag

Die LINKE Barnim lädt zur weiteren Wahlauswertung und zu Entscheidungen für die weitere politische Arbeit zu folgenden Terminen ein:

Am **10. November** zur Aktivtagung Bernau und am **9. Dezember** zur Kreismitgliederversammlung.

## „Jeder verdient eine zweite Chance“

Nach der Bundestagswahl: Gedanken von Andreas Büttner, Direktkandidat der LINKEN in Uckermark/Barnim

Wochen nach der Bundestagswahl kann ich nicht mehr an mich halten. Ich habe in dieser Zeit einfach zuviel lesen müssen, was mich wirklich erobert hat. Und ich muss dem einen oder anderen vor allem von der CDU und den westlichen Bundesländern mal deutlich sagen: Kommt endlich klar mit Euch!

Die vergangenen Monate waren sehr intensiv. Nachdem ich als Direktkandidat der LINKEN für den Bundestag in einen Wahlkampf hineingeplatzt bin, den ich im Juni noch gar nicht geplant hatte, erlebte ich eine unfassbare Solidarität unter den Genossinnen und Genossen erlebt. Aber ich habe auch sehr, sehr viele unterschiedliche Lebensgeschichten erfahren.

Ich erinnere mich an die Frau, die mir erzählte, sie habe früher in der LPG gearbeitet und ein geringes Einkommen gehabt. Nach der Vereinigung sei sie dann als Kassiererin tätig gewesen. Auch mit einem niedrigen Einkommen. Insgesamt 45 Arbeitsjahre. Ihre Rente beträgt heute 745 €. Sie fragte mich, wie sie damit leben solle. Es bleibe nach der Bezahlung von Miete, Strom und Lebensmitteln kaum noch was übrig. Teilhabe an der Gesellschaft fällt für sie gänzlich aus.

Ich erinnere mich an den Oberst der Bundeswehr in Rente, der fast 40 Jahre lang Soldat der Bundesrepublik war. Stationiert in Hessen. Der mir erzählte, wie schrecklich er die Kriegseinsätze der Bundeswehr findet und dass er sich schämt dafür, dass man der Meinung ist, man könne mit militärischen Mitteln Länder aufbauen. Er ist vor wenigen Jahren in die Schorfheide gezogen und kann sich nichts anderes mehr vorstellen als links zu wählen.

Ich erinnere mich an die alleinerziehende Mutter, die mir erklärte, dass sie nur Teilzeit arbeiten könne, sie aber Kita-Gebühren bezahlen müsse und mit den Öffnungszeiten der Kita nicht klarkomme, weil sie nicht kompatibel mit ihren Arbeitszeiten sind.

Ich erinnere mich auch an den ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, der mir erklärte, dass er an das System geglaubt habe und jetzt nicht akzeptiere, dass eine vermeintlich moralisch überlegene Gesellschaft über seinen Lebenslauf richte ohne zu berücksichtigen, dass auch er etwas dazu gelernt hat.

Heute lese ich so oft: die Oassis sind undankbar, die Oassis wählen rechts und noch mehr krudes Zeug.

Diese Aussagen kommen natürlich immer von ganz klugen Leuten aus dem Westen. Und hey, ich bin auch einer, der im Westen geboren ist. Ich erinnere mich gut an die alte Bundesrepublik, dieses dröge Gebilde einer konservativ war, dass es staubte. Die auch mich geblendet hat mit angeblichem Wohlstand für alle. Und deswegen mein Appell: Kommt endlich mal klar mit Euch.

Erstens ist die AfD auch im Westen gewählt worden. Mit 3,9 Millionen Stimmen, im Osten mit 1,9 Millionen Stimmen. 80 Prozent der Menschen im Osten haben diese rechte Partei nicht gewählt. Auch ohne den Osten wäre die AfD mit fast 9 Prozent im Bundestag vertreten. Hört also endlich auf, dem Osten die Schuld zu geben.

Zweitens: Könnt Ihr endlich mal akzeptieren, was hier im Osten der Republik nach 1990 passiert ist? Niemand, einfach niemand, hat keine Brüche in seinem Leben erleben müssen. Mit der Einheit kam die Arbeitslosigkeit, die Deindustrialisierung des Ostens, es kam der Abbau der Schulen im ländlichen Raum, die Schließung der Einkaufsmöglichkeiten, der Verlust der Ärzte, die Einstellung der Bus- und Bahnlinien.

Kann man einfach mal akzeptieren, was das für Menschen bedeutet, wenn alles zusammenbricht, woran man geglaubt hat oder was man im Leben gemacht hat? Zu allem, was man erlebt hat, heißt es plötzlich: Ihr habt in einem Unrechtsstaat gelebt, Euer Lebensweg ist nur noch für eine Moritat gut genug (frei nach dem großartigen Liedermacher Frank Viehweg).

Jetzt fängt man an, Zerstörtes wieder neu aufzubauen. Plötzlich bekommen wir - analog zu den Polikliniken, die ja wohl nicht gut genug waren - medizinische Versorgungszentren. Plötzlich merkt man, dass vielleicht das Bildungssystem doch nicht so schlecht war, wo Kinder lange gemeinsam gelernt haben. Und man versucht sich um den ländlichen



Andreas Büttner (rechts) im Wahlkampf unterwegs, hier gemeinsam mit Ralf Kaiser und Cornelia Süßenbach Foto: hjm

Raum zu kümmern – übrigens lange nicht nur ein Problem im Osten. Dafür fordern einige jetzt ein Heimatministerium (was immer mir das eigentlich sagen soll). Hätte man den ländlichen Raum nach der Wende im Osten nicht systematisch zerstört, müsste man jetzt nicht anfangen, ihn wieder neu aufzubauen, sondern hätte lernen können.

Kapieren die, die so einen Blödsinn über die undankbaren Oassis und die „Schuld des Ostens“ erzählen, was in Menschen vorgeht, deren Lebenswege nicht respektiert werden, die mehrfach ihren Job verloren haben, in deren Orten alles, wirklich alles, weg ist, was es an sozialen Einrichtungen gab? Deren Kinder hunderte von Kilometern weg ihren Job gefunden haben, weil man ganze Landstriche deindustrialisiert hat? Die jetzt alleine da sitzen – einsam.

Das sind in vielen Bereichen nicht nur Probleme des Ostens, sondern auch das Westens.

Die Trennlinie in diesem Land verläuft nicht mehr zwischen Ost und West – sie verläuft zwischen Arm und Reich. Die Fehler der Vergangenheit sind gemacht, aber man kann sie für die Zukunft vermeiden!

Respektieren wir doch einfach unterschiedliche Lebensläufe, werfen wir keinem seine Entscheidungen vor und geben wir jedem eine zweite Chance. Denn diese verdient jeder.

Manche werden jetzt über mich schimpfen, manche werden mir wieder vorwerfen, was ich früher mal gedacht habe – auch politisch. Ich kann denen nur antworten: Wenn wir unser Leben lang in festgefahrenen Denkstrukturen bleiben und wir uns selber keine Chance auf Veränderung geben, dann werden wir sie anderen auch nicht einräumen.



# Politisch achtsam bleiben!

Auch ohne Bundestagsmandat bleibt die Barnimer LINKE Partnerin für Lösung sozialer Probleme

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, hinter mir liegt eine turbulente, anstrengende und lehrreiche Zeit. Neu auf der politischen Bühne des Bundestagswahlkampfes, war ich gespannt auf die zahlreichen Begegnungen mit den Menschen in meinem Wahlkreis. Ich erfuhr vieles über persönliche Sorgen, freute mich über Zustimmung und stieß auch auf Kritik und Resignation. Viel Stoff zum Nachdenken also. Und das um so mehr, als ich mit 22,5 Prozent der Stimmen nur auf Platz 2 und damit leider nicht in den Bundestag kam.

Aber: 22,5 Prozent – das sind 37.720 Menschen, die mir ihr Vertrauen aussprachen. Die meine Ziele für eine gerechtere Gesellschaft und eine friedlichere Welt teilen. Die faire Löhne, bezahlbaren Wohnraum,

eine solidarische Gesundheitsversicherung und einen abgesicherten Lebensabend für alle wünschen. Die nicht wollen, dass fremdenfeindliche und menschenverachtende Ideen Raum gewinnen.

Für dieses Vertrauen bedanke ich mich bei allen, die mich wählten, und bei allen, die meinen Wahlkampf intensiv unterstützten, vor allem bei den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Verbunden mit dem Versprechen, dass ich



mich auch künftig für unsere gemeinsamen Ziele in der LINKEN einsetzen werde.

Kerstin Kühn, 2.v.r., im Barnim unterwegs, um über die Ziele der LINKEN zu informieren. Foto: dk

*Ihrer Eure  
Kerstin Kühn*

## Wahlauswertung der LINKEN hat begonnen

Viele Fakten, viele Fragen – wie können Ängste ernst genommen werden?

Von Lutz Kupitz

Wie nähert man sich der Auswertung einer Wahl, wenn sie, wie die vergangene Bundestagswahl, so deutliche Verschiebungen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik (und damit auch im eigenen Kreis) hervorgebracht hat? Wie erklärt man den Eindruck, dass Wahlen zunehmend von aktuellen Stimmungslagen, gefühlten oder realen Bedrohungen und kurzfristigen Wahlentscheidungen abhängen? Und wenn sich der Eindruck bestätigt – welche politischen Schlussfolgerungen ergeben sich daraus? Der erste Versuch ist der, sich über die vorliegenden Zahlen ein Bild von den Veränderungen zu machen. Diese ergeben zunächst folgende Fakten:

Da wären zunächst die Erststimmen in den beiden Wahlkreisen, in die der Barnim geteilt war. Hier hat die LINKE, wie überall, Stimmen verloren. Dennoch liegt die LINKE

in beiden Wahlkreisen deutlich über dem Landesdurchschnitt der Partei. Im Wahlkreis Märkisch-Oderland/Barnim erreichte sie mit Abstand das beste Ergebnis bei den Erststimmen in Brandenburg. Dass es in beiden Wahlkreisen nicht für ein Direktmandat gereicht hat, ist ein Beweis dafür, dass ein Kandidat allein nicht gegen den Trend seiner Partei gewählt wird. Und unsere beiden Kandidaten haben einen engagierten Wahlkampf gemacht, der von vielen genauso engagiert unterstützt wurde. Dafür gehört allen Dank (*siehe oben*).

Bei den Zweitstimmen ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Verlierer sind hier CDU, SPD und LINKE. Gewinner ist die AfD. LINKE und AfD haben mit jeweils 20,6 Prozent nunmehr ein identisches Ergebnis. Zu den Fakten gehört auch, dass die LINKE nur in Bernau, Eberswalde und Panketal ein besseres Zweitstimmenergebnis als die AfD erzielen konnte. In Werneuchen wurde

die AfD stärkste Partei. All dies bei einer deutlich höheren Wahlbeteiligung von + 8 Prozent im Vergleich zur letzten Bundestagswahl.

Ein Blick auf die Ergebnisse nach Wahllokalen in den Gemeinden ist im Übrigen hilfreich. Die Unterschiede sind oft sehr groß und aufschlussreich.

Soweit einige Zahlen – und wie weiter? Ich glaube, es ist jetzt notwendig, die richtigen Fragen zu stellen und nicht pauschale Antworten zu liefern. Fragen, auf die die LINKE gemeinsam Antworten finden muss, könnten sein: Für wen machen wir Politik? Sind die von uns gesetzten Themen die richtigen? Sind die Vorschläge, die wir daraus ableiten, auch die, die als wichtig angesehen werden? Hat die Wahl gezeigt, dass Populismus besser ist als sachliche Argumente? Wie können wir Ängste, ob begründet oder unbegründet, ernst nehmen? Wie nahe an Problemen sind wir wirklich? Wie gehen wir mit

Interessenkonflikten um? Schadet der Partei Mitverantwortung – auf welcher Ebene auch immer? Und wenn ja, was ist der Maßstab, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen? Wie stark beeinflusst Kommunalpolitik das Wahlverhalten?

Sicher gibt es noch mehr Fragen und notwendige Antworten, da liegt eine Menge Arbeit vor der LINKEN. Arbeit übrigens, die sich lohnen kann. Denn es gibt noch eine weitere interessante Zahl. Diese ist sicher beeinflusst von der höheren Wahlbeteiligung und von der Tatsache, dass die eine oder andere Wählergemeinschaft nicht zu den Bundestagswahlen angetreten ist. Und diese Zahl soll auch nicht die Resultate der Bundestagswahl beschönigen. Aber sie zeigt das Wählerpotential für Politik der LINKEN: Im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2014 gewann die LINKE über 8.500 Stimmen im Kreis dazu. Da liegt eine der Herausforderungen der nächsten Zeit.

	Wahl-		CDU			SPD			DIE LINKE			GRÜNE/B90			FDP			AfD		
	beteil.	%	Diff. %	Diff. total	%	Diff. %	Diff. total	%	Diff. %	Diff. total	%	Diff. %	Diff. total	%	Diff. %	Diff. total	%	Diff. %	Diff. total	
Land Brandenburg	73,7	26,7	-8,1	84.757	17,6	-5,6	59.359	17,1	-5,3	55.597	5,0	0,3	9.779	7,1	4,5	70.095	20,2	14,2	218.007	
Ahrensfelde	83,1	26,7	-8,7	603	14,2	-4,8	339	19,9	-5,4	357	4,0	0,3	43	6,7	4,3	408	21,4	14,2	1.337	
Bernau	74,1	23,6	-4,9	508	14,7	-5,5	819	23,6	-7,2	989	4,7	0,2	142	5,8	3,9	934	19,8	12,8	3.098	
Eberswalde	65,5	23,5	-7,4	916	17,8	-5,1	595	21,0	-6,3	771	5,3	-0,1	89	4,9	2,6	611	20,7	15,6	3.432	
Panketal	83,3	25,4	-7,1	543	14,3	-8,0	812	20,2	-4,2	248	6,9	1,1	234	7,6	5,2	758	19,1	12,3	1.827	
Schorfheide	73,4	28,1	-6,7	219	15,7	-6,2	265	19,5	-5,7	214	3,4	-0,1	15	6,7	4,0	266	20,9	15,0	985	
Wandlitz	79,2	26,6	-7,8	579	14,3	-6,8	651	19,5	-4,9	322	5,1	0,5	150	7,3	5,0	773	20,3	13,4	2.075	
Werneuchen	74,1	23,3	-8,2	207	15,5	-6,1	166	19,2	-7,8	221	3,7	0,5	48	6,4	4,1	232	24,4	19,0	1.036	
Biesenthal-Barnim	74,7	24,9	-7,5	290	15,5	-5,0	203	20,0	-6,4	254	5,6	0,5	82	5,8	3,6	290	20,1	14,1	1.103	
Joachimsthal	70,4	34,7	-8,7	198	12,7	-6,2	158	17,2	-3,8	84	3,3	-0,1	3	5,6	2,8	89	20,8	16,9	517	
Britz-Chorin-Oderberg	71,9	28,4	-8,2	376	15,8	-5,9	284	16,2	-7,2	360	4,9	0,3	33	5,8	3,4	210	22,8	18,3	1.117	
Barnim	74,3	25,4	-7,1	4.439	15,3	-5,9	4.292	20,6	-6,0	3.820	5,0	0,3	839	6,2	3,9	4.571	20,6	14,4	16.527	

# „Die Regionalförderung für Menschen in Europa, nicht für Banken und Konzerne“

Der Entwicklungsbericht vom 10. Oktober zeigt: Kluft zwischen armen und reichen Regionen in Europa ist riesig/LINKE mit Vorschlägen für die nächste Förderperiode

OW-Beitrag/bc

Am 10. Oktober stellte die EU-Kommission ihren siebten Kohäsionsbericht vor, der alle 3 Jahre die Entwicklungen und den Zusammenhalt zwischen den Regionen Europas darstellt. „Dieser zeigt: Die Kluft zwischen den armen und reichen Regionen in Europa ist riesig“, kommentiert Martina Michels, regionalpolitische Sprecherin der LINKEN im Europaparlament. „EU-Regional- und Förderpolitik bleiben deshalb unerlässlich. Sie sind die bisher einzigen solidarischen Instrumente zur Angleichung und Verbesserung der Lebensbedingungen. Eine ausgeglichene soziale und wirtschaftliche Entwicklung überall in Europa ist entscheidend für den sozialen Frieden und für die Zustimmung zur europäischen Integration.“

„Wenn wir europäische Integration wollen, dann müssen wir auch an der Kohäsionspolitik festhalten.“ erläutert Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Brandenburg und bis 2014 Brandenburgs Europaminister. „Für DIE LINKE ist wichtig, dass es bei der Kohäsionspolitik nie um einzelne Unternehmen und ihr Streben nach Profit geht, sondern um Entwicklung von Räumen und die Einbeziehung von Menschen – also um das, was eigentlich nach Auffassung der LINKEN Ziel der EU sein soll. Kohäsionspolitik zielt nicht auf das Europa der Banken und Konzerne, sondern auf die Menschen. Hier geht es also um die Alternative zur neoliberalen Ausrichtung der EU. Mit europäischen Finanzen und Instrumenten kann man viel zugunsten von Menschen bewegen“ so Christoffers.

Auf die negativen Entwicklungen, die aus dem aktuellen Kohäsionsbericht hervorgehen, verweist Martina Michels: „Große Entwicklungsunterschiede führen sichtbar zu Abwanderungsbewegungen besonders der jungen und gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen und letztlich zu Polarisierung zwischen, aber auch innerhalb der Mitgliedstaaten.“ Einen Ausgleich zwischen den Regionen fordert die Politikerin der LINKEN deshalb weiterhin: „Neben den ärmsten Regionen in Ost-, Mittel- und Südeuropa, bedürfen gerade auch die Regionen mit mittlerer Wirtschaftskraft, so genannte Übergangsregionen, weiterhin Unterstützung, um den Anschluss nicht wieder

zu verlieren.“ Zu den Übergangsregionen zählen auch die ostdeutschen Länder, sie haben es laut dem Bericht besonders schwer, mit den vielfältigen Herausforderungen zurechtzukommen. Ihr Wirtschaftswachstum (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) liegt unter dem EU-Durchschnitt. Ihr verarbeitender Sektor ist verhältnismäßig kleiner und schwächer und ihre Innovationskraft in Bezug auf Technologien und Bildung geringer als in reichen Regionen. Zugleich liegen die Produktionskosten in den Übergangsregionen höher als in den armen Regionen. „Natürlich müssen wir aber auch darüber nachdenken, wie die größer werdenden Ansprüche an die EU insgesamt und auch an die Kohäsionspolitik finanziell bewältigt werden können“, so Michels.

In den Mitgliedstaaten lässt sich eine sinkende Bereitschaft feststellen, den EU-Haushalt hinreichend zu finanzieren oder gar Lücken zu stopfen, die sich voraussichtlich aus dem Brexit ergeben werden. Das Europaparlament hat sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass ein mindestens gleichbleibender Anteil des EU-Haushaltes für die Kohäsionspolitik verwendet wird und alle Regionen der EU förderfähig sein sollen.

Jetzt werden die politischen Prioritäten festgelegt, denen der Haushaltsentwurf der Europäischen Union 2021 bis 2028 folgen soll. In der Brandenburger LINKEN wird der-

zeit ein Vorschlag von Ralf Christoffers diskutiert, der Eckpunkte künftiger Kohäsionspolitik aus Sicht der LINKEN beinhaltet:

**1.** Die Ausweitung der so genannten „Juncker-Fonds“ lehnt die LINKEN ab, weil diese Kombination nur kurzfristigen Interessen dient, aber nicht der Regionalentwicklung. Dabei handelt es sich um Finanzinstrumente, bei denen Europäische Mittel mit privaten Investitionen kombiniert werden.

**2.** Eine besondere Förderung von Regionen mit unterdurchschnittlichem Wirtschafts- und Sozialstandard muss bleiben. Für Brandenburg ist wichtig, dass der Status der Übergangsregionen fortgeschrieben wird.

**3.** Seit 2014 ist nicht mehr EFRE, sondern ELER der Fonds mit dem größten finanziellen Volumen für Brandenburg (siehe Kasten).

**4.** Einige EU-Partner benötigen die Förderung von Regionen in äußerster Randlage. Sie sollten deutsche Unterstützung haben. Dabei handelt es sich um Guadeloupe, Französisch-Guayana, Réunion, Martinique, Mayotte und Saint-Martin (Frankreich), um die Azoren und Madeira (Portugal) sowie um die Kanarischen Inseln (Spanien).

**5.** Brandenburg hat großes Interesse an der weiteren Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation. Für Sozial- und Strukturent-

wicklung liegt hier viel Potenzial! Die deutsch-polnische Regierungskommission hat ein eigenes Entwicklungsprogramm zur grenzüberschreitenden Kooperation in der Oder-Region beschlossen.

**6.** Für die Förderung der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft bestehen gerade im Zusammenhang mit der Digitalisierung übergreifende Interessen der Industrien unterschiedlichster Länder.

**7.** Die Unterstützung der Forschung ist nötig, aber nicht allein für Technologien, sondern auch für gesellschafts-

politische Forschung. Die Freiheit der Forschung ist unverzichtbar.

**8.** Weiterhin angespannt ist die Situation auf vielen europäischen Arbeitsmärkten. Weitere Fördermaßnahmen sind unverzichtbar, die allerdings auf sehr unterschiedliche Bedingungen zugeschnitten sein müssen. Für Deutschland gehört dazu zum Beispiel die Integration vieler Schutzsuchender in den Arbeitsmarkt – ohne Verdrängung oder Ausgrenzung anderer. Zugleich bleibt der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit äußerst wichtig.

**9.** Viele europäische Städte sind auf dem Weg zu Metropolen- und Verdichtungsräumen. Dabei muss gegen Ghettoisierung und Gentrifizierung gesteuert werden. Brandenburg hat als „Umgebungsland“ der wachsenden deutschen Hauptstadt daran ebenfalls Bedarf.

**10.** Die Zuordnung der Regionen (besondere Förderung, Übergangsregionen) erfolgt auf Basis statistischer Angaben. Die LINKEN plädiert für präzisere Definitionen. Dazu könnten Kriterien mit einbezogen werden, wie sie in Deutschland für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur eingeführt wurden: Arbeitslosigkeit, Durchschnittslohn, Erwerbsprognose, Infrastruktur-Indikator. Dazu sollte es einen Armutsindikator (60 Prozent des Durchschnittseinkommens) geben.

**11.** Als internationalistische Partei muss DIE LINKE stets die Spezifik und die besonderen Bedingungen der südlichen Mitgliedsländer der EU vor Augen haben. Hier wird Kohäsionspolitik noch auf Jahrzehnte notwendig sein. Dabei geht es nicht nur um Geld oder Verwaltungsoptimierung, sondern um die verantwortungsbewusste und kreative Mobilisierung aller Ressourcen – auch länderübergreifend – zur Lösung der Probleme und Nutzung der Chancen.

Die Krisen 2008 und 2011 hatten den allgemeinen Trend der Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU gestoppt und die Unterschiede zwischen den Regionen wieder größer werden lassen. Inzwischen scheinen wieder Angleichungsprozesse in Gang gekommen zu sein. Dennoch liegen Wirtschaftskraft, Beschäftigungszahlen und auch der Anteil öffentlicher Investitionen vielerorts noch immer unter dem Vorkrisenniveau.

**Fast ein Drittel** des gesamten EU-Haushalts – 351,8 Milliarden Euro – wird für die Kohäsionspolitik (Regionalförderung) verwendet. Rechnet man die nationale Kofinanzierung und dadurch induzierte private Investitionen hinzu, so wird von 2014 bis 2020 ein Gesamtvolumen von rund 450 Milliarden Euro erreicht.

## Regionalförderung enthält:

**EFRE** (Regionale Entwicklung): Investitionen in wachstumsfördernde Branchen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen. Finanzierung grenzüberschreitender Kooperationsprojekte.

**ELER** (Landwirtschaftsförderung): Direktzahlungen an Bauern und Unterstützung für die Umgestaltung des ländlichen Raums.

**ESF** (Sozialfonds): Investitionen in Menschen, Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen, Unterstützung für Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

**Kohäsionsfonds:** Investitionen in umweltfreundliches Wachstum, nachhaltige Entwicklung sowie in die Vernetzung der Mitgliedstaaten mit einem BIP unter 90 Prozent des EU-27-Durchschnitts.



## Des Lesens kundig

Ein erneuter Test unter Grundschulern

Von Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete (LINKE)

Das Erschrecken ist groß. Im Auftrag der Kultusminister der Länder wurde vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen ein Test durchgeführt, der feststellte, dass die Leistungen von Grundschulern (geprüft wurden 4. Klassen) vor allem in Deutsch und Mathematik seit 2011 gesunken sind. Es wurde untersucht, ob die Viertklässler die Mindeststandards erreichen. Ergebnis: Beim Lesen erreichten knapp

**Kommentar** 66 Prozent, beim Zuhören 68 Prozent und bei der Orthografie

54 Prozent aller Schüler die geforderten Leistungen. Aber knapp 13 Prozent konnten beim Lesen, 11 Prozent beim Zuhören und rund 22 Prozent beim Rechtschreiben die geforderten Mindeststandards nicht erreichen. Brandenburg liegt dabei in Deutsch auf Platz 10 und in Mathematik auf Platz 7. Zugleich wurde festgestellt, dass Mädchen in Deutsch und Jungen in Mathematik etwas besser sind.

Und auch eine Erklärung wurde uns geliefert, warum dies so ist: 1. Es fehlen Lehrer und 2. ist die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund gestiegen. Eine andere Ursache gilt es jedoch ebenfalls zu untersuchen: Entspricht die Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer noch den Anforderungen der modernen Entwicklung in Pädagogik, Methodik und Didaktik?



Ausschnitt aus einem Deutsch-Buch der 6. Klassen: 66 Prozent der derzeitigen Viertklässler in Brandenburg erfüllen den Mindeststandard beim Lesen. Foto: bc

## Keine doppelten Gebühren

OW-Beitrag/bc

Bei der Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe wird das Land Brandenburg den Standesämtern die Gebühren in Höhe von 30 Euro erstatten. Voraussetzung ist, dass die Umwandlung zu den regulären Öffnungszeiten des Standesamtes stattfindet (Ausnahme: ein Partner ist lebensbedrohlich erkrankt). Mehrkosten für andere Wünsche müssen selbst getragen werden. Mit der Umwandlung der Lebenspartnerschaft in eine Ehe wird die rechtliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit Ehepaaren vollzogen.

Damit gehört Brandenburg zu den Bundesländern, die sich zur Gebührenfreiheit bekennen. Denn für die Eintragung der Lebenspartnerschaft wurden bereits Gebühren entrichtet. Die Standesämter sind aufgefordert, die Umwandlung einer Lebenspartnerschaft in eine Ehe wie eine zweite Eheschließung zu vollziehen.

## Landesentwicklung wird geplant

Auswirkungen im Barnim vor allem auf Eberswalde, Wandlitz und Werneuchen

Von Ralf Christoffers,  
Fraktionsvorsitzender der  
LINKEN im Brandenburger Landtag

Seit Ende August liegt sie vor, die überarbeitete Fassung des Landesentwicklungsplanes Berlin-Brandenburg. Im November soll die entsprechende Planungskonferenz über die Neufassung abstimmen. Darin sind innerhalb eines Jahres mehr als 600 Hinweise und Stellungnahmen von so genannten Trägern öffentlicher Belange wie Städten und Gemeinden, Fraktionen, Regionalen Planungsgemeinschaften eingeflossen. Die öffentlichen Diskussionen in den Landkreisen, auch im Barnim, waren gut besucht.

Der Landesentwicklungsplan hat die Funktion, für die Teilräume des Landes Funktionen festzuschreiben wie zum Beispiel Hochwasserschutz, die Flächennutzung in Zusammenhang mit Klimawandel und Energie- wende, Rolle und Funktion des Einzelhandels, der Kulturlandschaften, die Rolle von Landwirtschaft und Siedlungsflächenentwicklung (Wohnungsbau), um nur einige Beispiele zu nennen.

Sobald die Planungskonferenz über die Neufassung abgestimmt hat, kann diese erneut öffentlich diskutiert werden. Anfang des Jahres 2018 werden die beiden Landesregierungen Berlin-Brandenburg die endgültige Entscheidung darüber treffen.

Danach sind keine Änderungen daran mehr möglich, der Landesentwicklungsplan hat dann den Charakter eines Staatsvertrages zwischen beiden Bundesländern.

Die Fraktion der LINKEN im Brandenburger Landtag hatte nach Rücksprache und Diskussion mit Bürgermeistern, Landesplanern und Regionalen Planungsgemeinschaften eine eigene Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan abgegeben. Schwerpunkte der LINKEN waren die Einrichtung so genannter grundfunktionaler Schwerpunkttore, die Sicherung der landwirtschaftlichen Nutzflächen, die grenzüberschreitende Kooperation mit Polen, die stärkere Beachtung der Infrastrukturaachsen nach Hamburg, Szczecin und Dresden und ein höherer Grad von Entscheidungsfreiheit der Gemeinden bei der Ausweisung von Wohnflächen.

Im vorliegenden zweiten Entwurf sind eine Reihe von Hinweisen der LINKEN eingearbeitet worden. Neben der Siedlungsentwicklung in Mittel- und Oberzentren werden künftig auch weitere Gemeinden einen größeren Anteil an Wohnungsbauflächen ausweisen können. Pro tausend Einwohner werden ein Hektar Erweiterung ermöglicht, das ist eine Verdopplung zum alten Entwicklungsplan. Bei den grundfunktionalen Schwerpunkttorten sollen es zwei Hektar sein.

Innerhalb der Planungsgemeinschaft Barnim-Uckermark wird es unter anderem folgende Veränderungen geben: Angermünde wird ein neues Mittelzentrum. Und es wird zwei neue Entwicklungsachsen geben, einmal Berlin-Werneuchen und zum zweiten Berlin-Wandlitz. Bei letzteren gewinnen auch die Verhandlungen zur Verbesserung der Verbindungen der Heidekrautbahn eine neue Dynamik.

Die grundfunktionalen Zentren (siehe Kasten) werden durch die Regionalen Planungsgemeinschaften ausgewiesen und sollen in der Fläche des Landes und neben den Mittel- und Oberzentren die öffentliche Daseinsvorsorge wie zum Beispiel Nahversorgung und medizinische Grundversorgung sicher stellen.

Der gesamte ländliche Raum

wird im künftigen Landesentwicklungsplan in seinen Funktionen als Siedlungs- und Wirtschaftsraum sowie als Freifläche verstärkt abgebildet. Damit wird die Grundlage gelegt, um den Verfassungsgrundsatz „gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilräumen des Landes zu schaffen“ umzusetzen. Da geht es zum Beispiel um Entfernungen für den öffentlichen Personennahverkehr. Die so genannten Städte der „zweiten Reihe“, zu denen auch Eberswalde gehört, sollen deutlich aufgewertet werden. Hintergrund sind ihre engen Verflechtungsbeziehungen (z.B. Pendleraufkommen) zu Großstädten. Die Aufwertung kann erweiterte Möglichkeiten für eine Taktverdichtung von S-Bahn- und Regionalzügen ermöglichen.

### Die Raumgliederung in Brandenburg:

**Oberzentren:** Dies sind die 4 kreisfreien Städte Potsdam, Cottbus, Frankfurt/Oder und Brandenburg/Havel. Sie unterscheiden sich von anderen Städten in ihrer Größe, ihren kulturellen Angeboten, dem Umfang der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser und spielen damit eine besondere Rolle für die Region.

**Mittelzentren:** Erfüllen ähnliche Funktionen wie Oberzentren, haben aber eine geringere Einwohnerzahl. Im Barnim ist dies Eberswalde, in der Uckermark Schwedt, ergänzt künftig durch Angermünde.

**Grundfunktionale Schwerpunkttore:** Sollen künftig neu festgelegt werden. Sie werden von den Regionalen Planungsgemeinschaften bestimmt – und damit durch einen demokratischen Abstimmungsprozess in der Region. Nach Verabschiedung des Landesentwicklungsplanes werden sie festgelegt.

